

Pressemitteilung

10. März 2016

Jahresempfang des SoVD NRW

Sozialverband SoVD NRW mahnt Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit an

Der Landesvorsitzende des Sozialverbands SoVD NRW, Franz Schrewe, hat auf dem heutigen Jahresempfang des Verbands im Düsseldorfer Lambertus-Saal ein klares Bekenntnis zum Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe eingefordert und die Landespolitik aufgerufen, sich zugleich für mehr Verteilungsgerechtigkeit einzusetzen. Die **gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen** gelte in allen Bereichen, vom Arbeitsmarkt über den ÖPNV bis zum Schulwesen. Doch in keinem dieser Themenfelder würde dieses Menschenrecht auch zur Genüge umgesetzt. Seit sieben Jahren seien die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention bundesweit geltendes Recht. Es dränge sich allerdings der Eindruck auf, dass die NRW-Landesregierung diese verbindlichen Vorgaben aus fiskalischen Gründen relativiere oder kleinrede, erklärte Schrewe in Anwesenheit von Gesundheitsministerin Barbara Steffens und vor insgesamt 100 Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und öffentlichem Leben. Beispielhaft nannte Schrewe den Entwurf der **Novelle der Landesbauordnung**. Gebäude, die nicht barrierefrei sind und modernen Bauvorschriften nicht entsprechen, stünden demnach immer noch unter Bestandsschutz, so die Kritik. Auch der **Entwurf des Inklusionsstärkungsgesetzes** sei enttäuschend, da er die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht (wie es zu erwarten wäre) durch verbindliche Vorgaben konkretisiere, sondern durch Appelle und die Formulierung von Wünschenswertem relativiere und verwässere. Ein klarer Fahrplan hin zu einem barrierefreien und inklusiven NRW sei auch in diesem Gesetzentwurf nicht zu erkennen.

Schrewe appellierte auch an die Vertreter der Landespolitik, sich auf Bundesebene für mehr **Verteilungsgerechtigkeit** und eine Belastung besonders Vermögender einzusetzen. Es sei nicht hinnehmbar, dass einige NRW-Kommunen sich nicht einmal die Sanierung von Schulgebäuden leisten könnten, weil die Mittel fehlten, während Reiche und Superreiche – etwa durch die Abschaffung der Vermögenssteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes oder großzügige Regelungen bei Erbschaften – immer mehr geschont würden. Die Folgen seien auch in NRW überall zu sehen. Die Kommunen müssten aber handlungsfähig bleiben oder es wieder werden, da sonst nicht weniger als das Vertrauen in die politisch Handelnden und die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel stünden. Eine gerechtere Verteilung der Lasten durch eine Verbesserung der Einnahmenseite sei im Übrigen auch ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der öffentlichen Verschuldung.

Die zunehmende Umverteilung des Vermögens von unten nach oben sei eine Gefahr für den sozialen Frieden, auch mit Blick auf die Situation der Flüchtlinge in NRW. Als Verband, der sich seit fast 100 Jahren für sozialen Frieden und Gerechtigkeit einsetzt, sei es dem SoVD NRW eine Herzensangelegenheit, dass die berechtigten Ansprüche der einen nicht mit den offenkundigen Nöten der anderen verrechnet oder gegeneinander ausgespielt würden: *„Es muss alles getan werden, um unsere Gesellschaft zusammen zu halten. Das kostet. Aber eine bessere Rendite kann es gar nicht geben.“*

Der SoVD (Sozialverband Deutschland) ist mit über 560 000 Mitgliedern einer der größten Sozialverbände in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen gehören dem SoVD NRW e.V. rund 100 000 Menschen an. Die Organisation wurde 1917 als Vertretung von Kriegsgeschädigten gegründet. Heute sieht sich der Verband als moderner Dienstleister mit breitem thematischem Spektrum. Der SoVD berät und vertritt seine Mitglieder professionell in sozialrechtlichen Fragen wie Rente, Kranken- und Pflegeversicherung, Schwerbehindertenrecht, Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung gegenüber Behörden und vor zialgerichten. Darüber hinaus setzt sich der SoVD auf sozialpolitischer Ebene für die Interessen behinderter, chronisch kranker, pflegebedürftiger, älterer und sozial benachteiligter Menschen ein. Weitere Informationen unter www.sovd-nrw.de